

2 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Wie werden Sie zivilgesellschaftliches Engagement fördern und unterstützen?
- 2 Inwiefern werden Sie sich für eine Weiterführung und Ausweitung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms in Niedersachsen einsetzen?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte das zivilgesellschaftliche Engagement mit einem landesweiten Internetportal, Fortbildungsangeboten, Wettbewerben, einem Versicherungsschutz für Aktive und gesellschaftlicher Anerkennung unterstützen. Das Eine Welt-Promotor*innen-Programm soll weiter gesichert und ausgebaut werden.

Bündnis 90/Die Grünen möchten den VEN als Zusammenschluss vieler ehrenamtlicher Vereine und Organisationen fördern, das Eine Welt-Promotor*innen-Programm finanziell absichern und die Weiterentwicklung des Programms stärken.

Die **CDU** möchte bürokratischen Aufwand abbauen, einen Ehrenamtskoordinator einführen und eine kontinuierliche, verlässliche finanzielle Förderung zur Verfügung stellen. Die Mittel für internationale Entwicklungszusammenarbeit sollen in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in vollem Umfang in den Entwicklungsländern selbst eingesetzt werden.

Die **FDP** unterstützt Instrumente der direkten Demokratie. Bei einer Regierungsbeteiligung wird sie alle Ausgaben des Landes kritisch hinterfragen, auch die Förderung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Das Land hat in den vergangenen beiden Jahren (2015 und 2016) 2,69 Millionen Euro für die allgemeine Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt. Davon wurden für insgesamt 250.000 Euro Lehrbücher für die Sprachmittlungstätigkeit von Freiwilligen mit Geflüchteten vor Ort erworben, die über die Kommunen im Land an Ehrenamtliche ausgegeben wurden.

Fast jede zweite Niedersächsin und jeder zweite Niedersachse (über 14 Jahren) engagieren sich in ihrer Freizeit freiwillig. Das ist das Ergebnis des neuen Freiwilligensurveys 2014. Demnach ist die Engagement-Quote in Niedersachsen von 40,8 Prozent (laut Freiwilligensurvey 2009) auf nunmehr 46,2 Prozent (Freiwilligensurvey 2014) gestiegen. Damit sind im Erhebungszeitraum von 2004 bis 2014 weit über 500.000 Menschen in Niedersachsen zum ohnehin schon großen Kreis der Freiwilligen hinzugekommen.

Das Land wird weiterhin sein bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement durch verschiedenen Projekte unterstützen: mit einem landesweiten Internetportal, mit Fortbildungsangeboten, mit Wettbewerben, mit einem Versicherungsschutz für Aktive und mit gesellschaftlicher Anerkennung.

Das Eine-Welt-Promotorenprogramm soll weiter gestärkt werden. Angesichts der großen Bedeutung der Bildung für nachhaltige Entwicklung muss die Zahl dieser Stunden gesichert und weiter erhöht werden.

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung soll in den Curricula von natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern aller Schulformen und Altersklassen verankert und dabei handlungs-, lösungsorientierte und fächerübergreifende Konzepte gefördert werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Der überwiegende Teil der Vereine und Organisationen in Niedersachsen, die sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, tut dies ehrenamtlich. Wie schon in dieser Legislaturperiode werden wir den Verband für Entwicklungspolitik als Zusammenschluss vieler ehrenamtlicher Vereine und Organisation und das Eine-Welt-Promotoren-Programm als „Rückgrat zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen fördern.

Antwort 2: Eine Welt-Promotor*innen leisten wertvolle Vernetzungsarbeit und geben inhaltliche Impulse für global verantwortliches Denken und Handeln. Auch zukünftig werden wir uns die finanzielle Absicherung und Weiterentwicklung des Programms stärken.

CDU

Antwort 1: Bürgerschaftliches Engagement ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Es ist gelebte Solidarität. Ohne es würde vieles in Niedersachsen nur noch eingeschränkt funktionieren. Das gilt für den Sport, für die Musik und die Kultur, für die Kirchen und Religionsgemeinschaften, für die Freiwilligen Feuerwehren, für die Wohlfahrtsverbände, für die Rettungsdienste und ebenso für karitativ-soziale Organisationen, ökologische Initiativen sowie die Kommunalpolitik.

Mit der demografischen Entwicklung, Veränderungen in Ausbildung und Beruf, der Familie, dem Freizeitverhalten, dem Trend zur Individualisierung, der Digitalisierung oder der Zuwanderung steht bürgerschaftliches Engagement jedoch vor großen Herausforderungen. Dazu gehören auch die neuen Möglichkeiten des Engagements im Netz, das Online-Volunteering.

Zahlreiche Rechtsvorschriften bestimmen direkt und indirekt das bürgerschaftliche Engagement und beeinflussen es. Damit sich bürgerschaftliches Engagement innerhalb dieses Rahmens entfalten kann, müssen der bürokratische Aufwand und die rechtlichen Vorgaben so gering wie möglich gehalten werden. Land und Kommunen stehen in der Pflicht, dem Ehrenamt die notwendige Infrastruktur und eine kontinuierliche wie verlässliche finanzielle Förderung zur Verfügung zu stellen.

Zusätzlich planen wir, einen Ehrenamtskoordinator einzusetzen, der für die bürgerschaftlich Tätigen Projekte initiiert und ihr erster Ansprechpartner ist.

Antwort 2: Wir werden die Mittel des Landes zur Unterstützung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen möglichst schlanker Verwaltungsstrukturen vergeben und in vollem Umfang zur Förderung von Projekten in den Entwicklungsländern selbst einsetzen. Dazu zählt für die CDU in Niedersachsen die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und mit Initiativen wie dem Eine-Welt-Promotoren-Programm.

FDP

Antwort 1: Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die mitbestimmen können. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt demokratische Mitbestimmung unterhalb der repräsentativen Demokratie. Unsere Republik braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform in dem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie aus kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen. Wir wollen, dass die direkte Demokratie zu den gleichen Bedingungen wie denen von Wahlen abgehalten wird, hierzu gehört insbesondere die Briefwahl. Wir wollen allerdings, dass die Initiatoren auch die finanziellen Konsequenzen der politischen Entscheidung aufzeigen müssen. Die Elemente der direkten Demokratie müssen attraktiver werden, indem die Möglichkeit der Befragung und Abstimmung über das Internet eingeführt wird. Dabei müssen alle rechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken ausgeschlossen sein.

Antwort 2: Eine solide Haushaltspolitik ist die Grundlage für eine generationsgerechte Haushaltspolitik. Die heutigen Schulden des Staates sind die Steuern unserer Kinder, der Generation von morgen. Zwar konnte die Kreditaufnahme aufgrund der guten Konjunktur und der Steuereinnahmen in den letzten Jahren immer weiter reduziert werden, jedoch bedrohen die immer weiter wachsenden Ausgaben einen konsequenten Verzicht auf Neuverschuldung, den Schuldenabbau sowie den Abbau bestehender Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Langfristig kann eine faire Haushaltspolitik nur gelingen, wenn der Staat seine Aufgaben regelmäßig überprüft und auf seine Kernaufgaben zurückführt. Vor diesem Hintergrund werden wir bei einer Regierungsbeteiligung alle Ausgaben des Landes kritisch hinterfragen.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von einer zukünftigen Landesregierung die finanzielle Absicherung und Ausweitung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms und die Förderung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit von Initiativen und Vereinen in Niedersachsen. Außerdem setzt er sich dafür ein, dass die zivilgesellschaftliche Partnerschaftsarbeit sowohl mit Eastern Cape und Tansania als auch mit anderen Weltregionen unterstützt wird. Dabei sollen Kooperationen zwischen Migrantenselbstorganisationen und NGOs der Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen sowie der interkulturelle Dialog unterstützt werden.